

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 13./14./15.12.2022

Zur 16. und letzten Sitzungsperiode des Landtages standen fast 40 Themen auf der Tagesordnung, darunter allein 6 aktuelle Debatten, zu denen vom 13. bis 15. Dezember debattiert und abgestimmt wurde.

#Bildung aktuell debattiert

Schulkrise führt zu Bildungsnotstand – Zukunft des Landes ist akut gefährdet

Der Fachkräftemangel an Schulen ist eine der größten Herausforderungen in Sachsen-Anhalt. Die Meldungen über massive Ausfälle an Schulen, die aktuelle Flut von Brandbriefen an die Landesregierung von Eltern, Schulleiter*innen und Lehrer*innen sind mehr als alarmierend und zeigen, die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung des Lehrermangels waren viel zu zaghaft oder bleiben unwirksam. Die Situation hat sich in der letzten Zeit noch weiter verschärft, in dem an einer ganzen Reihe von allgemeinbildenden Schulen im Land derzeit gar kein Unterricht mehr stattfindet. Der Druck hat sich jetzt so erhöht, dass der Ministerpräsident Bildung zur Chefsache machen will und im Januar zum Bildungsgipfel einladen möchte.

Thomas Lippmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher betonte: „Der Ministerpräsident will das Desaster in den Schulen nun zur Chefsache machen und zu einem Schulgipfel einladen. Doch auch dieser Gipfel wird wahrscheinlich wieder nur eins bringen: enttäuschte Hoffnungen! Die Landesregierung trägt allein die Verantwortung für das, was in der Schulpolitik im Land schiefläuft. Der Lehrkräftemangel fällt nicht vom Himmel. Er wurde sehenden Auges herbeigeführt, gegen unsere ständigen Warnungen. Das Regierungshandeln wird seit Jahren an abstrusen Planungen zum Lehrkräftebedarf ausgerichtet, die vor mehr als 20 Jahren entwickelt wurden und die den tatsächlichen Lehrkräftebedarf jahrelang um mehr als 5.000 Stellen unterschätzt hatten. Wir ernten jetzt das, was CDU und SPD jahrelang gesät haben.“

Den meisten dürfte inzwischen klar geworden sein, dass alles Quatsch war, was damals in die Personalentwicklungskonzepte des Finanzministeriums so reingeschrieben wurde. Trotzdem lässt man seit mehr als 15 Jahren den Finanzminister bestimmen, was den Schulen personell und finanziell erlaubt wird und was nicht.“ Zugleich äußerte der die Befürchtung, dass der zuständige Bildungsausschuss und damit das Parlament beim Gipfel außen vorgelassen würden und verwies auf den von der Linksfraktion im Oktober eingebrachten „Masterplan zur Sicherung der Schulbildung“ mit den wichtigsten Baustellen, an denen sich die Zukunft der Bildung und damit des Landes entscheidet. Leider wurde im Zusammenhang mit der Schulkrise-Debatte unser Gesetzentwurf zur besseren Bezahlung für die Grundschullehrkräfte endgültig von der Koalition beerdigt.

#Rente

Ostdeutsche Lebensleistung anerkennen – Gerechtigkeitsfonds für DDR-Renten

Mit dieser Forderung brachte die Linksfraktion einen Antrag zur Landtagssitzung ein. Hintergrund ist, dass seit über 30 Jahren Betroffene um die Anerkennung ihrer in der DDR erworbenen Rentenansprüche kämpfen. Bei der Überleitung des DDR-Rentensystems in heutiges Recht wurden in den 1990er Jahren eine Reihe von Ansprüchen gestrichen oder gekürzt. Diese Ungerechtigkeiten, die bis heute fortbestehen, sind für viele nicht länger akzeptabel. Ehemalige Beschäftigte der DDR bei der Eisenbahn, der Post und in der Braunkohleveredlung sind dauerhaft schlechter gestellt als westdeutsche Kolleg*innen. Besonders oft sind Frauen betroffen, Angestellte im Gesundheitswesen oder die nach DDR-Recht Geschiedenen. Auch Menschen, die aus der DDR geflohen sind, werden benachteiligt. Diese Ungerechtigkeiten widersprechen der Würdigung ostdeutscher Lebens- und

Arbeitsleistung. Es geht nicht allein um Armutsbekämpfung durch einen Härtefallfonds für nur einen Bruchteil der Betroffenen, wie ihn die Bundesregierung plant, sondern ebenso um die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds. Insofern muss das Land in einem ersten Schritt dem durch den Bund eingerichteten Härtefallfonds beitreten, um die Einmalzahlung für bedürftige Rentner*innen anzuheben.

Monika Hohmann, *seniorenpolitische Sprecherin* der Fraktion DIE LINKE, hat den Antrag zur Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen in den Landtag eingebracht und betont dazu: „Die Ankündigung eines Härtefallfonds für DDR-Renten hatte riesige Hoffnungen geweckt. 2018 nahm die damalige Bundesregierung einen entsprechenden Passus im Koalitionsvertrag auf. Das allein war ein kleines Wunder. Zu verdanken war es der Hartnäckigkeit vieler Betroffener. Denn seit drei Jahrzehnten klagten sich Rentner*innen durch die Instanzen und versuchten, öffentlich auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.“ Es reiche mittlerweile nicht mehr, Wähler*innen etwas von der Anerkennung ihrer Lebensleistung zu erzählen. Die Ostdeutschen kennen nämlich sowohl ihre Leistungen als auch das, was davon heute anerkannt werde. Sie suchten diese Anerkennung vergeblich in ihrer Lohntüte und im Rentenbescheid. Sie suchten vergeblich nach ostdeutschen Köpfen in Politik, Wirtschaft und Unterhaltung.

„Das gänzlich anders organisierte Sozialsystem der DDR kannte zahlreiche Sonderregeln und Beiträge. Eine Reihe dieser Zusatzansprüche sind verloren, weil sie im westdeutschen Renten-Recht nicht anerkannt oder nach kurzer Übergangszeit gestrichen wurden. Die Folgen hiervon waren, dass die erarbeiteten Rentenansprüche von Millionen Menschen aberkannt, Versprechen gebrochen wurden.

Der Härtefallfonds, der nun endlich, nach weiteren fünf Jahren Verzögerung, nunmehr von der neuen Bundesregierung beschlossen wurde, ist kein Wunder mehr. Nicht mal ein kleines, er ist eine Enttäuschung. Dass der Bund nur 500 Millionen Euro zur Verfügung stellt und nur wenige Personen vom Härtefallfonds profitieren sollen, ist ein Schlag ins Gesicht für ostdeutsche Rentner*innen. Denn nur die allerwenigsten der Rentner*innen in Ostdeutschland sind anspruchsberechtigt, in Sachsen-Anhalt geschätzt 10.700 Menschen. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, diesen Härtefallfonds aufzustocken und die Einmalzahlung damit zu verdoppeln.“ Zum Abschluss ihrer Rede versicherte Monika Hohmann, dass die Fraktion DIE LINKE in Bund und Landtagen weiter für eine Fondslösung kämpfen werde, die umfassend die berechtigten Anwartschaften und Ansprüche von Berufs- und Personengruppen aus der DDR-Zeit einbeziehe. Entschädigungszahlungen sollten dann einen fünfstelligen Betrag erreichen.

Angenommen wurde ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen.

#Mobilität

Landesweites 9-Euro-Ticket nach Magdeburger Vorbild gefordert

Die Finanzierungsfragen zum Deutschlandticket sind noch ungeklärt und die Einführung des 49-Euro-Tickets kommt möglicherweise nicht vor Mai 2023. Gleichzeitig sind 49 Euro für viele Personen noch zu teuer, um alle Menschen zu erreichen und die Verkehrs- und Klimawende voranzubringen. Die von der Verkehrsministerin Lydia Hüskens ins Spiel gebrachten 29-Euro-Tickets für junge Menschen bis 25 Jahre bzw. das 365-Euro-Ticket weise da in die richtige Richtung, so **Hendrik Lange**, der den Antrag mit der Rede und in Vertretung der *kinder- und jugendpolitischen Sprecherin Nicole Anger* einbrachte. Aus diesem Grund gelte es, den Landtagsbeschluss für Modellprojekte zum „365-Tage-Ticket“ umzusetzen. Jedoch fehle es seit Jahren an Landesmitteln, die zusätzlich zu den Bundesmitteln in den ÖPNV fließen.

Es sei eine Realität, dass es im ländlichen Raum noch schlechter um die Anbindungen im ÖPNV stünde, müssten nicht die Schüler*innen zur Ausbildung gebracht werden. Die Landesregierung müsse eigene Mittel in die Hand nehmen, um die Kreise bei der Erbringung des ÖPNV zu unterstützen. Der Magdeburger Stadtrat hat zum August 2023 ein 9-Euro-Ticket für Schüler*innen beschlossen. Diesen Vorstoß der Stadt Magdeburg gilt es zu unterstützen und auszuweiten auf das

gesamte Land. Dafür soll die Landesregierung entsprechend das ÖPNV-Gesetz und das Finanzausgleichsgesetz anpassen. Bei allen zukünftigen Zeitfahrtscheinen müsse die Barrierefreiheit beim Ticketing berücksichtigt werden, so dass die Fahrausweise nicht nur digital zu erwerben sind.

Der Antrag wurde abgelehnt

#Kulturerbe

Immaterielle Kulturerbe ist ein Schatz für unser Land

Im Seit 2013 erstellt die UNESCO-Kommission das bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes. Sowohl länderübergreifende Traditionen und Kulturtechniken als auch regionale Kulturformen sind in der Liste eingetragen. Sachsen-Anhalt ist mit sechs regionalspezifischen Kulturformen im bundesweiten Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes vertreten. Darüber hinaus wurde aktuell das Handwerk der Flößerei, ein Brauchtum, das auch in Sachsen-Anhalt gepflegt wird, durch die UNESCO in die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit eingeschrieben.

In Sachsen-Anhalt entscheidet aktuell eine Expertenkommission über die Weiterleitung von Bewerbungen zum Bundesverzeichnis Immaterielles Kulturerbe. Für diese regional bedeutsamen Traditionen und Feste gibt es aktuell keine ausreichende Würdigung. DIE LINKE möchte ein Landesverzeichnis etablieren, so der *parlamentarische Geschäftsführer und kulturpolitische Sprecher* **Stefan Gebhardt**. Eine verbesserte öffentliche Darstellung stelle einen besonderen Wert für die Tourismuswirtschaft des Landes dar.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur überwiesen.

#Umwelt aktuell debattiert

Debatte zur Weltnaturkonferenz und deren Auswirkungen für Sachsen-Anhalt

In der von Bündnis 90/Grüne beantragten Debatte betonte der *umweltpolitische Sprecher* **Hendrik Lange**: „Der Mensch muss sich über Zusammenhänge und die Auswirkungen seines Handelns bewusst sein. Zwingen doch die kapitalistischen Produktionsbedingungen täglich Milliarden von Menschen in einen Überlebenskampf. Je größer die Biodiversität ist, desto größer ist die Überlebenswahrscheinlichkeit eines Ökosystems. Eine große Biodiversität sichert unser eigenes Überleben. Wir wissen was den Verlust der Arten und damit der Biodiversität vorantreibt. Sei es die Zerstörung von Lebensraum, die intensive Landwirtschaft oder Umweltgifte oder der Klimawandel oder ungehemmte Jagd und Überfischung.

Umso wichtiger ist, dass auf der jetzigen Weltnaturkonferenz verbindliche Ziele vereinbart werden. Ich schließe mich daher den Forderungen des NABU an die Staatenlenker an. Wir brauchen klare und messbare Ziele für 2030: Mindestens 20 Prozent der globalen Landes- und Meeresflächen müssen renaturiert werden. 30 Prozent der Land- und Meeresfläche müssen in Form von Schutzgebieten unter Schutz gestellt werden, dazu gehören Ausweitung und effektiver Schutz unter Achtung der Rechte indigener Völker. Pestizid- und Nährstoffeinträge sollten (global) jeweils um die Hälfte reduziert werden. 25 Prozent agrarökologisch genutzten Flächen (inklusive Ökolandbau) in dem Abkommen zu verankern.“

Zudem müsse deutlich gemacht werden, welche Subventionen für die Natur schädlich seien und welche Investition die Natur förderten. Rückschläge wie bei der EU-Agrarförderung könnten wir uns angesichts der Biodiversitätskrise nicht mehr leisten. Deutschland müsse dabei in einen Prozess starten, indem die Verantwortung von Bund und Ländern geklärt und Ziele für die einzelnen Sektoren

definiert werden. Nötig seien eine Biodiversitätsstrategie und ein entsprechender Aktionsplan, die letztendlich in einem Biodiversitätsgesetz münden müssten.

Zudem seien Investitionen in den Klimaschutz die beste Investition in den Artenschutz. Hier haben wir als Land ebenso Verantwortung, sei es durch Versiegelung und Zerstörung von Lebensraum durch mangelnde Renaturierung oder das Reißen der Klimaschutzziele. „Und das will ich mir nicht verkneifen: Die Artensofortförderung bis zur Unkenntlichkeit einzudampfen ist in diesem Zusammenhang ein Armutszeugnis. Über vieles werden wir hier noch reden: Sei es der Schutz der Karstlandschaft oder die Investition in die Schiene statt Straßenverkehr. Auch über die Förderung der Artenkenntnis haben wir schon gesprochen. Als Land müssen wir hier unsere Verantwortung wahrnehmen. Sei es durch Bildung, durch Förderung oder aber durch kluge Regulierung.“

#Fachkräfte aktuell debattiert

Ausbildung und Sicherung von Fachkräften in Sachsen-Anhalt

Unter dem Titel „Fachkräfte ausbilden, gewinnen, anerkennen und integrieren – zentrale Aufgabe für die Sicherung von Sachsen-Anhalts Zukunft“ hat die SPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt. Für die Linksfraktion sagte die *sozialpolitische Sprecherin* **Monika Hohmann**: „Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die aktuellen Gegebenheiten und Entwicklungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Fachkräfte politische Aufmerksamkeit sowie Lösungen benötigen! Gemäß Angaben der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur dauerte es im Zeitraum September 2021 bis August 2022 durchschnittlich 140 Tage, bis eine sozialversicherungspflichtige Stelle in Sachsen-Anhalt besetzt werden konnte. Begründet wird dies oftmals mit einem bestehenden Fachkräftemangel, welcher aufgrund des demografischen Wandels besteht.“

In Sachsen-Anhalt wird insbesondere ein Arbeitskräftemangel im Handwerk verzeichnet. Jedoch im Kern zeigt sie, dass die erfolglose Personalsuche der Unternehmen oftmals ihre Ursache in häufig schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen hat, nicht aber an einer unzureichenden Anzahl an Arbeitskräften. Deutschland braucht die Zuwanderung, aber wir brauchen keine Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt! Nach dem aktuellen Debattenverlauf wird nur darauf gesetzt, dass Unternehmen möglichst billig und unkompliziert Fachkräfte aus dem Ausland bestellen. Die Herausforderungen der Fachkräfteentwicklung können nicht durch die weitere Ausbeutung von migrantischen Arbeits- und Fachkräften gelöst werden.

Die Bundesregierung unternimmt zu wenig, um dort gezielt für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Wir müssen in unsere Schüler*innen investieren. Aber unter den aktuellen Gegebenheiten des Lehrer*innen-Mangels an unseren Schulen, ist es mehr als bedenklich, dass 11,6 Prozent unserer Schüler*innen im Schuljahr 2021/2022 ohne Abschluss abgegangen sind. Ein erfolgreicher Schulabschluss ist die Voraussetzung, dass wir qualifizierte Fachkräfte in Sachsen-Anhalt ausbilden können!“

Sie verwies zudem darauf, dass die Rechtslage von der Duldung hin zu einem echten Bleiberecht für Geflüchtete mit Arbeits- und Ausbildungsplatz formuliert und rechtssicher für alle Beteiligten gesetzlich verankert werden müsse, damit die Einwanderung bzw. Einbürgerung nicht zur Ausbeutung der zugewanderten Fachkräfte führe. Es bedürfe unbefristete Arbeitsverträge als Regel, Mini- und Midi-Jobs müssten in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt und somit der Niedriglohnsektor zurückgebaut werden.

„Wir brauchen eine funktionierende Sorge- und Sozialstruktur in den Bereichen Bildung, Wohnen und Gesundheit sowie gute Kitas bis hin zu Freizeitangebote für alle Familienmitglieder. Auf diesem Weg können wir die Abwanderung von qualifizierten Fachpersonal vermeiden und die Attraktivität des Standortes Sachsen-Anhalt für alle potenziellen Arbeitskräfte steigern. Alles andere stellt nur eine Symptombehandlung dar, behebt aber nicht die Ursachen der Problemlagen am Arbeitsmarkt!“

#Kinderförderung

Kinderfördergesetz mit Ablaufdatum bedeutet nur Unsicherheiten

Am 14. Dezember wurden im Landtag die Verlängerung der Beitragsermäßigung bei Familien mit mehreren Kindern, die Finanzierung der Fachberatungskräfte in den Landkreisen sowie die Finanzierung zusätzlicher Fachkräfte in Tageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen als auch die Schulgeldfreiheit für angehende Erzieher*innen im Kinderfördergesetz beschlossen. Dazu sagt die *kinder- und jugendpolitische Sprecherin* der Fraktion DIE LINKE, **Nicole Anger**:

„So richtig wie diese Maßnahmen sind, so wichtig wäre es gewesen, diese auch für mehr als ein Jahr zu beschließen. Wieder einmal wird die Landesregierung kurz vor dem Ablauf der Maßnahmen hektisch und entscheidet sich dann gegen eine langfristige Perspektive. Mit der Verlängerung nur für das Jahr 2023 greift das nicht mal die vom Bund initiierte Verlängerung des Kita-Qualitätsgesetzes bis Ende 2024 auf. Gerade in den aktuellen, unsicheren Zeiten wäre es nicht nur für Eltern, sondern auch für Fachkräfte ein so wichtiges Signal der Planbarkeit gewesen, diese Maßnahmen zumindest für zwei Jahre umzusetzen.“

Hinzukommt, dass Fachverbände und auch die kommunalen Spitzen genau diese zwei Jahre in ihren Stellungnahmen an den Sozialausschuss gefordert haben. Diese Stellungnahmen spielen aber weder in der Kommunikation der Landesregierung noch in der Umsetzung der Maßnahmen eine Rolle. Hier werden wieder einmal fachliche Expertisen vollständig durch das zuständige Sozialministerium ignoriert.“

#Ziviler Ungehorsam

„Letzte Generation“ ruft nach Verantwortung des Staates für eine lebensfähige Zukunft

In der aktuellen Debatte um die Proteste der Letzten Generation betonte die *Vorsitzende der Fraktion* DIE LINKE, **Eva von Angern**: „Wer im Sommer Bahn gefahren ist, der hat gesehen, wie viele Leute ansonsten ausgeschlossen sind. In Straßen- und Regionalbahnen saßen Jugendliche, migrantische Familien und Rentner*innen. Das 9-Euro-Ticket war ein gigantisches Teilhabeprogramm. Ökologie und Demokratie kommen in diesem Fall zusammen. Hier in Sachsen-Anhalt hat die Verkehrsministerin Hüsken von der FDP schnell alles versucht, um das Nachfolge-Ticket möglichst zu beerdigen. Auch ein Tempolimit kommt für FDP, CDU und CSU und AfD nicht in Frage. Es ist doch interessant, wer aus diesem gesellschaftlichen Konflikt eine innenpolitische Bedrohungslage ableiten will. Die Parteien rufen nach der Polizei, die „Letzte Generation“ ruft nach der Verantwortung des Staates für eine lebensfähige Zukunft.“

Wer Windräder zählen will, muss im Osten anfangen, denn in Bayern gibt es nichts mehr zum Zählen. Seit 50 Jahren liegen die Analysen und Vorschläge auf dem Tisch, aber eine Energiewende hin zu den Erneuerbaren, sicher und bezahlbar für alle, steht bekanntlich aus. Trotz der Erkenntnis, das Wachstum Grenzen hat und fossile Ressourcen endlich sind. Die Gaslieferungen aus Russland waren doch kein Freundschaftsprogramm deutscher Diplomatie, schon gar kein ostdeutsches, denn wir spielen ja im diplomatischen Korps der Bundesrepublik bekanntlich nicht so die Rolle. Die Abhängigkeit war zuvörderst eine bewusste Entscheidung der Großindustrie. Die Pipelines aus Russland gehen direkt zum Werk von BASF in Ludwigshafen am Rhein. Es geht um Kosten und um Nutzen.

Kohle und Öl bringen die Ökosysteme an den Abgrund, aber die Börse in Bewegung. Erst die Jugendbewegung um Greta Thunberg hat den industriegemachten Klimawandel wirklich zum Thema gemacht. Erst die Schulstreiks haben unsere Aufmerksamkeit erzwungen. Den Job der Regulierung, den die Politik verweigert, sollen also die Verbraucher*innen machen. Aber die haben eben nur die Wahl, und nicht die Macht. Wie also macht man weiter Druck für mehr Klimaschutz? Schulstreiks haben sich doch eher abgenutzt. In Sachsen-Anhalt herrscht Lehrkräftemangel, da fällt

freitags der Unterricht sowieso schon aus. Man muss froh sein, wenn sich Jugendliche bei uns nicht an die Schulbank kleben, um sich den Unterricht zu ertrotzen.

Sitzblockaden sind vom Versammlungsrecht gedeckt. Nach dem Freispruch einer Klimaaktivistin in Berlin erklärte der zuständige Richter, jede Aktion gehöre differenziert beurteilt und eine binnen Minuten beendete Klebeblockade sei vom Demonstrationsrecht gedeckt. Die allermeisten Menschen in Sachsen-Anhalt wissen schon, dass die Aktionen der „Letzten Generation“ Nadelstiche in einem ungleichen Kampf sind. Manche der Aktiven wirken so aufgewühlt, dass es einen betroffen macht. Gerade die Wahrnehmung eines Generationskonfliktes wirkt verstörend. Keine Gesellschaft schickt ihre Nachkommen willentlich ins Verderben. Um das zu diskutieren, muss man im Dialog bleiben können. Dieser Dialog ist augenscheinlich gestört.

Während die Klimaaktivisten einen in Zukunftsfragen handlungsfähigen Staat fordern, zweifelt eine ehemalige Bundestags-Abgeordnete der AfD daran, ob es diesen Staat überhaupt gibt. Die einen sitzen friedlich auf der Straße, die anderen trainieren für den bewaffneten Straßenkampf. Die Fraktion DIE LINKE kritisiert ein Steuer- und Erbschaftsrecht, das Reichtum und Armut auf Generationen fortschreibt. Wir fragen nach Umverteilung, auch zur Finanzierung einer sozialen Energiewende, aber die AfD fragt lieber nach dem Kassenzettel für Tomatensuppe und Sekundenkleber. Aber ginge es nach ihnen, würde gar kein Monet oder Raffael in einem deutschen Museum hängen, also sparen sie sich ihre falsche Empörung.“.

+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +

Wahl eines Vizepräsidenten der AfD erneut fehlgeschlagen

Die Fraktion der AfD unternahm erneut einen Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zu Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Der vorgeschlagene Lothar Waehler scheiterte deutlich.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 22. Dezember 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Dezember 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.